

Eine Frage des Geschlechts

Das Grüne Bündnis nominiert Franziska Teuscher für die Wahl in den Gemeinderat.

Bernhard Ott

Aline Trede brachte es auf den Punkt: «Wählt Franziska Teuscher endlich aus dem Nationalrat weg, damit ich ins Bundesparlament nachrutschen kann», sagte die Stadträtin gestern vor den Mitgliedern des Grünen Bündnisses (GB). Unter den Gemeinderatskandidaten von Rot-Grün-Mitte (RGM) habe es bereits «einen Gockel, dem man Paroli bieten muss». Und dieser wolle immer noch nicht auf sein Amt verzichten. «Also, liebe Mitglieder, wählt Franziska weg.» Der von Trede aufgegriffene Gender-Aspekt dürfte gestern Abend einer der wichtigsten Gründe gewesen sein, warum bei der GB-Nomination Nationalrätin Franziska Teuscher gegen den grünen Kantonalpräsidenten und Grossrat Blaise Kropf die Oberhand behielt. Nach einer engagierten Diskussion von rund einer Stunde haben 51 Mitglieder ihre Stimme für Teuscher abgegeben, 31 votierten für Kropf.

Ein «unverbrauchtes Gesicht»...

Die Argumente gegen Teuscher bezogen sich vor allem auf das Alter der Politikerin, die gestern ihren 54. Geburtstag feierte. «Die RGM-Mehrheit im Gemeinderat wirkt von aussen angestaubt», sagte ein jüngerer Votant. Es fehle an neuen Ideen und an einem entsprechenden Gestaltungswillen. Im Gemeinderat brauche es daher «ein unverbrauchtes Gesicht» wie dasjenige von Kropf. Stadträtin Monika Hächler wiederum machte sich Sorgen um das Signal gegen aussen, welches das GB mit der Nomination von Teuscher aussenden würde. Teuscher gehörte 1987 zu den Mitbegründerinnen der Partei. «Die mittlere Generation im GB soll eine Chance erhalten, um endlich Verantwortung übernehmen zu können», sagte Hächler.

...oder eine «Verbrauchte»?

Die Parteiprominenz ergriff allerdings unisono für Teuscher das Wort. «Ich bin für die Verbrauchten», sagte Alt-Gemeinderätin Therese Frösch. Sie erinnerte daran, dass Teuscher bei Wahlen in den Regierungsrat und den Ständerat jeweils hervorragende Resultate erzielt



Blumen für die Gewinnerin und den Verlierer: Franziska Teuscher und Blaise Kropf. Foto: Manu Friederich

haben. Bei den letztjährigen Nationalratswahlen habe sie gar 3000 Stimmen mehr geholt als das einstige GFL-Zugpferd Alec von Graffenried. Frösch, bis zu den Nationalratswahlen Chef der grünen Fraktion im Nationalrat, sprach von einem «Backlash» in Sachen Frauenförderung auch bei den Grünen. Sie habe das Fraktionspräsidium unter anderem auch deshalb abgegeben, «weil dauernd grüne Männer in den Bundesrat wollten», sagte Frösch.

Zweifel wurden nicht an den Fähigkeiten Kropfs, sondern an seinen Wahlchancen laut. «Es ist unklar, ob das GB den Sitz im Gemeinderat behalten kann», sagte Grossrätin Corinne Schärer

unter Anspielung auf die neuen Parteien BDP und GLP. Franziska Teuscher verkörpere in dieser Situation einen «sicheren Wert».

Bekanntheitsbonus obsiegt

Auch Parteidozenten Pierre Sigerist wies darauf hin, dass es bei den Grünen Rückschritte in Sachen Gleichstellung gebe. So müsse Gemeinderätin Regula Rytz bei den Wahlen ins Präsidium der Grünen Schweiz gegen eine Männer-Übermacht antreten. Die Parole «Frauen zuerst» sei im GB aber ebenso wichtig wie ökologische oder soziale Fragen. «Was passiert, wenn wir Kropf nominieren und sich ein Frauenkomitee für die GFL-Kandidatin

bildet?», fragte Sigerist. Mit der Nomination eines Mannes würde das GB in der heutigen Situation seinen eigenen Ursprüngen untreu. «Kropf ist jung. Er kann es ja später noch einmal probieren», sagt Sigerist.

Die Verteidigung des GB-Sitzes im Gemeinderat werde «kein Sonntagsspaziergang», sagte Teuscher nach der Nomination. Just dieselben Worte hatte Parteipräsidentin Natalie Imboden gebraucht. Aus diesen Worten spricht wohl eine falsche Bescheidenheit. Im selben Referat sagte Imboden nämlich auch: «Es liegt auf der Hand, dass nationale Politikerinnen über einen Bekanntheitsbonus verfügen.»

Kommentar

Christoph Lenz

Da kann man nur noch gratulieren

Nationalrätin Franziska Teuscher durfte gestern ihren Geburtstag feiern. Das wohl schönste Geschenk hat ihr dabei ihre Partei, das Grüne Bündnis, gemacht. Teuscher setzte sich gegen Konkurrent Blaise Kropf durch und wird zu den Gemeinderatswahlen 2012 antreten. Es gibt also allen Grund zu gratulieren.

Dies umso mehr, als die Parteinomination einer vorgezogenen Volkswahl gleichkommt. Das Bündnis von Rot-Grün-Mitte sitzt fester im Sattel denn je. Alles andere als zwei Sitze für die SP und ein Sitz für das GB wäre eine Sensation. Ein Berner Politbeobachter drückte es jüngst auf Twitter so aus: «Was die Grünen entscheiden, wird im Herbst vom Volk abgenickt.»

Und das ist nicht nur ein kleiner Makel, es ist ein demokratiepolitischer bedenklicher Umstand. Nicht, weil gegen Teuscher etwas einzuwenden wäre. Auch nicht, weil man dem Rot-Grün-Mitte-Bündnis seine Übermacht missgönnen würde. Stossend ist aber, dass SP und Grüne den Wählern traditionell keine Auswahl bieten. Zum wiederholten Male stellen beide Parteien nur gerade so viele Kandidaten auf, wie sie Sitze zu verteidigen haben. Die Entscheidung, wer für sie in den Gemeinderat einzieht, wird damit nicht vom Volk, sondern von den Parteimitgliedern getroffen. Besonders auffallend ist dabei die mit Abstand grösste Partei der Stadt: Kaum hatte SP-Nationalrätin Ursula Wyss ihr Interesse am Mandat bekundet, duckten sich alle anderen Anwärterinnen schleunigst weg. So fand nicht einmal an der SP-Nominationsversammlung eine ernsthafte Debatte über die Kandidaten statt. Es waren ja nur zwei da. Das Volk, davon ist auszugehen, nickt auch im nächsten Herbst die drei RGM-Kandidaten ab. Aber Anlass zum Feiern gibt es dann vor allem für die Parteispitzen, die unseren Gemeinderat einmal mehr im stillen Kämmerlein bestimmt haben.

Rechenspiele

3:1:1 oder 2:2:1? – Wahlszenarien

Basierend auf den letzten Gemeinderats-, Grossrats- und Nationalratswahlen lassen sich Rechenspiele zur Sitzverteilung bei den Wahlen 2012 anstellen. Zu bedenken ist, dass der **Berner Gemeinderat im Proporz** gewählt wird. Für einen vollen Sitz muss eine Liste 16,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Restmandate werden nach dem Schlüssel vergeben: Listenstimmen geteilt durch volle Sitze plus eins. Grundlage der nachfolgenden Berechnungen sind diese Wähleranteile: RGM (ca. 53 Prozent), Mitte (23), FDP-SVP (20).

● Die wahrscheinlichste Sitzverteilung ist **3:1:1**. Mit drei Sitzen für RGM und jeweils einem Sitz für Mitte und Bürgerliche bildet sie auch den Status quo ab. Dieses Ergebnis tritt ein, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. **Keine massiven Wanderungsbewegungen** zwischen den Blöcken, **kein markanter Einbruch der Bürgerlichen** und **keine erheblichen Mobilisierungen von Neuwählern** durch die Trendparteien GLP und BDP.

● Denkbar ist auch eine **3:2:0** Konstellation, in der die FDP-SVP-Liste leer ausgeht. Beide Parteien stecken in Bern in einer Negativspirale. Der **Sitz der Bürgerlichen ist ernsthaft in Gefahr**, wenn sich bürgerliche Wähler reihenweise der Mitte zuwenden oder der Wahl fernbleiben und der FDP-SVP-Anteil unter 17 Prozent fällt.

● Unter diesen Voraussetzungen ist auch **4:1:0** denkbar. Dies, weil das Proporzsystem bei der Verteilung des **Restmandats** die grösste Liste im Umzug, also RGM, tendenziell übervorteilt.

● Unwahrscheinlich ist **2:2:1 – der Machtwechsel**. Selbst wenn RGM ein Fiasko erleiden und auf 45 Prozent sinken würde, müsste die Mitte die 30-Prozent-Marke knacken, um das Restmandat und damit den zweiten Sitz zu ergattern. (len)

Um diese Fragen kommt kein Politiker herum

Die Themen-Reitschule, Gewalt bei Fussballspielen und Nachtleben könnten den Wahlkampf dominieren. Dabei hätte die Stadt durchaus gewichtigere Probleme.

Bernhard Ott, Christoph Lenz

Der diesjährige Berner Wahlkampf dürfte von einem ähnlichen Paradox geprägt sein wie vor vier Jahren. Voraussichtlich werden in der Öffentlichkeit traditionell «bürgerlich» besetzte Themen wie der vertragslose Zustand der Reitschule und seine Folgen oder die Sicherheit rund um die Stadien dominieren. Vor vier Jahren hatten die Bürgerlichen sogar noch eine Initiative zur Erhöhung der Polizeipräsenz und die Versäumnisse rund um die Bekämpfung des Missbrauchs in der Sozialhilfe, mit denen sie die öffentliche Debatte steuern konnten. Diese Gelegenheiten vermochte die Opposition aber nicht auszunutzen. Sie hat zwar die Debatte vor den Wahlen weitgehend dominiert – von einer Verschiebung der Machtverhältnisse war sie jedoch weit entfernt.

Im Jahr 2012 wird es erneut um die öffentliche Sicherheit gehen. Auch dieses Mal dürfte es den Bürgerlichen aber wenig nützen. Denn erstens ist die bürgerliche Seite in zwei Lager gespalten, und zweitens gibt es weder eine zugkräftige Initiative zum Thema Sicherheit noch eine Missbrauchsdebatte in der Sozialhilfe, die Auftrieb verleihen könnten. Rot-Grün-Mitte (RGM) versucht

dieses Vakuum durch die Lancierung einer Initiative für günstigen Wohnraum zu besetzen, die ziemlich offensichtlich aufs eigene Elektorat abzielt. Nichtsdestotrotz wird damit ein Thema aufgeworfen, von dem zum Beispiel Familien besonders betroffen sind. Noch nicht ausgeschöpft sind zweifellos auch die traditionell «linken» Energiethemen. Die Fähigkeit von RGM zum Agenda-Setting ist jedoch insofern eingeschränkt, als dass in den «grossten Themen», zu denen etwa auch die Wirtschaftskrise und die soziale Sicherheit zählen, der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene stark eingeschränkt ist.

Im Folgenden nennt der «Bund» die Wahlkampfthemen, um die kein Kandidat herumkommen wird:

Leben: Die Sicherheitsfrage ist auch nach der Erhöhung der Polizeipräsenz ein Dauerbrenner – insbesondere was Reitschule und Nachtleben (siehe Punkt «Ausgehen») sowie Sportanlässe betrifft. Emotional geführte Konflikte zeichnen sich zudem bei den sanierungsbedürftigen Freizeitanlagen Ka-We-De, Mubeeri und Freibad Weyerli ab, deren Zukunft weiterhin im Ungewissen liegt. Sollen die populären Institutionen erhalten bleiben? Zu welchem Preis? Und mit welcher Funktion? Ferner wird der zwar beabsichtigte, aber keineswegs ausfinanzierte ökologische Umbau (Gebäude-sanierungen, Investitionen in Gewinnung erneuerbarer Energie) der Stadt Bern die Diskussionen prägen.

Arbeiten: Mag es auch ein vielversprechendes Instrument zur regionalen

Wirtschafts- und Strukturpolitik sein – das Projekt Hauptstadregion muss seinen konkreten Nutzen erst noch beweisen. Und dies unter schwierigen Bedingungen: In den letzten Jahren kehrten etliche Grossunternehmen der Stadt Bern den Rücken. Die Gemeinderatskandidaten werden Rezepte präsentieren müssen, wie neue Arbeitsplätze geschaffen und Ansiedlungen nach Bern gebracht und die Bedingungen für die KMU verbessert werden können. Dabei dürften längst nicht nur die harten Faktoren (Steuerbelastung, Infrastruktur, Verkehr, Arbeitskräfte) diskutiert werden, sondern auch die weiteren Rahmenbedingungen (Kinderbetreuungsangebot, Bildungsniveau, Lebensqualität).

Bezahlen: Trotz Schuldenabbau verfügt Bern über eine zu dünne Eigenkapitaldecke. Für die kommende Legislatur ist aufgrund der beharrlichen Wirtschaftskrise aber bestenfalls mit stagnierenden Steuererträgen zu rechnen. Soll der Haushalt nun durch eine rigorose Sparoffensive im Lot gehalten werden? Oder ist die Lösung in antizyklischer Ausgabenpolitik zu suchen – auch zum Preis einer Neuverschuldung? Und wie sollen die anstehenden Grossinvestitionen (z. B. Sanierungsstau bei Schulen und Stadttheater) finanziert werden? Beim bevorstehenden Wahlkampf führt um diese Fragen kein Weg herum.

Ausgehen: Wer sich von der Ablehnung der Reitschul-Initiative eine Lösung der blockierten Diskussion versprach, hoffte vergebens. Die Reitschule befindet sich in

einem vertragslosen Zustand, Gewalt und Drogenhandel sind in ihrem weiteren Umfeld an der Tagesordnung. Der Gemeinderat ist dem wertvollen Kulturzentrum in Nibelungentreue verbunden, derweil auch gemässigte Mittepolitiker einen Kooperationswillen seitens der Aktivistinnen bitter vermissen. Kurz: Die Reitschule ist als Wahlkampfthema gesetzt. Auch die übrige Kulturpolitik birgt Zündstoff: Der Fall Dampfzentrale nährt Zweifel an der Tauglichkeit der Leistungsverträge. Die Nachtleben-Debatte könnte Neuwähler in grosser Zahl mobilisieren, zumal sich der Gemeinderat im Wahlkampf kaum mehr so diskret zurückhalten kann wie bisher.

Wohnen: Nicht zuletzt wegen der von Rot-Grün lancierten «Wohninitiative» dürfte die in Bern herrschende Wohnungsnot zu einem bestimmenden Thema des Wahlkampfes avancieren. Welche Lösung die bürgerliche Seite dem von Links geforderten Interventionismus entgegensetzen will, ist bislang unklar. Im Zusammenhang mit dem Wohnraum dürfte zudem die Stadtentwicklung in den Vordergrund rücken. Wo kann Bern noch wachsen? Müssen Ausgleichsflächen zugunsten von verdichtetem Bauen weichen, oder könnte sogar im Wald gebaut werden?

Bewegen: Nicht zuletzt wird der Verkehr die Gemüter bewegen. Kommt das Tram Region Bern? Welche Lösungen gibt es bei der Linienführung in der Altstadt? Braucht Bern ein Parkraumkonzept? Und wo sollen die Velofahrer ihren Drahtesel abstellen?